



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 07.11.2023**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:02 Uhr bis 18:36 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Claudia Schmidt
Hendrik Lange
Stefanie Mackies

Dr. Ulrike Wünscher

Dr. Inés Brock-Harder

Melanie Ranft
Carsten Heym
Andreas Schachtschneider

Dr. Silke Burkert
Klaus E. Hänsel

Dr.med. Detlef Wend
Andreas Hemming
Friedrich Lemberg
André Scherer
Andreas Slowig
Paulin Amler
Jan Riedel
Jasmin Scholtbach

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale),
Teilnahme bis 18:01 Uhr
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale),
Teilnahme bis 18:29 Uhr
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Teilnahme ab 17:17 Uhr
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
AfD-Stadtratsfraktion Halle
Fraktion Hauptsache Halle,
Teilnahme ab 17:04 Uhr
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von
Halle (Saale),
Vertreter von Herrn Schaper
Fraktion MitBürger
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

Katharina Brederlow
Alexander Frolow
Martin Heinz
Felix Bürger
Petra Quilitzsch
Annika Seidel-Jähmig

Lisa Leluk

Beigeordnete für Bildung und Soziales
Leiter Fachbereich Bildung
Leiter Fachbereich Immobilien
Leiter Servicezentrum Gebäudemanagement
Abteilungsleiterin Verwaltung und Finanzen
Referentin Geschäftsbereich Bildung und
Soziales
stellvertretende Protokollführerin

Gäste

Regina Jobst-Fajen

NeOBi Bildungskordinatorin

Entschuldigt fehlten:

Torsten Schaper

Cordula Henke
Grit Michelmann

Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von
Halle (Saale)
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundige Einwohnerin

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Bildungsausschusses wurde von der Vorsitzenden, **Frau Schmidt**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Schmidt gab bekannt, dass keine Punkte auf die Tagesordnung zu setzen sind und dass es keine Änderungen und Ergänzungen zu Vorlagen gibt. Sie schlug vor, den TOP 6.2 von der Tagesordnung abzusetzen, da auch der Kulturausschuss am 01.11.2023 die Vorbereitung vertagte.

Da es keine Wortmeldungen zur Tagesordnung gab, bat **Frau Schmidt** um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2024 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2024 sowie den Beteiligungsbericht 2022
Vorlage: VII/2023/06097
 - 5.2. Änderung des Baubeschlusses zur Erneuerung der Niederspannungsanlage, des Datenübertragungsnetzes und der Beleuchtungsanlagen für das Objekt Kooperative Gesamtschule "Ulrich von Hutten", Roßbachstraße 78, 06112 Halle (Saale), gemäß der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“
Vorlage: VII/2023/06255
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einführung eines 9-Euro - Tickets für Hallesche Schülerinnen und Schüler
Vorlage: VII/2023/05680
 - 6.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Ersatz für den Kulturtreff

7. Mitteilungen
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

zu 3.1 Fragesteller 1 zum Wegfall der Schuleinzugsgebiete für Sekundarschulen ab dem Schuljahr 2024/25

Fragesteller 1 fragte, wo die Schüler unterkommen, die momentan keinen Platz auf der Gesamtschule finden und nun nicht mehr bei den Sekundarschulen untergebracht werden.

Frau Brederlow sagte, dass aktuell in Planung ist, eine Unterstützungsperson im Fachbereich Bildung zu installieren, die bei solchen Fragen beraten kann. Sie führte aus, dass aktuell die zweite Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung mit Neugründung einer Schule (voraussichtlich IGS) in Bearbeitung ist.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift vom 10.10.2023:

Abstimmungsergebnis: **bestätigt**

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2024 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2024 sowie den Beteiligungsbericht 2022 Vorlage: VII/2023/06097

Herr Scherer fragte, welche Ursachen für die rückläufigen Zahlen bei den Aufwendungen für Sport verantwortlich sind.

Frau Quilitzsch sagte, dass die Aufwendungen für Sport nach Bedarf geplant sind und dass einige Schulen nach Abschluss von Baumaßnahmen wieder ihre eigenen Turnhallen benutzen können, was sich positiv auswirkt.

Frau Dr. Burkert fragte, ob für das Gymnasium Südstadt Schulsozialarbeiter im Haushalt eingeplant sind, da diese Schule eine solche Stelle noch nicht hat.

Frau Brederlow sagte, dass dazu im Stadtrat am 25.10.2023 ein Beschluss gefasst wurde. Sie fügte hinzu, dass im Haushalt die Mittel eingeplant sind, damit die kommunale Schulsozialarbeit fortgeführt werden kann.

Herr Schachtschneider fragte, wo die Einnahmen aus der Vermietung von Parkflächen auf Schulhöfen im Haushalt zu finden sind.

Frau Quilitzsch sagte, dass das im Haushalt nicht geplant ist und dass die Einnahmen, die über die Bewirtschaftung abgewickelt werden.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Frau Schmidt** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: zugestimmt nach Änderungen

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes ab dem Haushaltsjahr 2024. Der Oberbürgermeister wird mit der Fortführung der Umsetzung des Konzeptes beauftragt. Finanzielle Auswirkungen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sind in den Haushalt 2024 und in die Finanzplanung der Folgejahre einzustellen.
2. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2024 mit dem Haushaltsplan 2024.
3. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2022 zur Kenntnis.

**zu 5.2 Änderung des Baubeschlusses zur Erneuerung der Niederspannungsanlage, des Datenübertragungsnetzes und der Beleuchtungsanlagen für das Objekt Kooperative Gesamtschule "Ulrich von Hutten", Roßbachstraße 78, 06112 Halle (Saale), gemäß der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“
Vorlage: VII/2023/06255**

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Frau Schmidt** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Änderung des Baubeschlusses vom 19.01.2023 (VII/2022/05007) Baubeschluss zur Erneuerung der Niederspannungsanlage, des Datenübertragungsnetzes und der Beleuchtungsanlagen für das Objekt Kooperative Gesamtschule "Ulrich von Hutten", Roßbachstraße 78, 06112 Halle (Saale), gemäß der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“ mit einem erhöhten Kostenrahmen in einem Gesamtwertumfang von 1.591.000 Euro.
2. Der Stadtrat beschließt, vorbehaltlich des Beschlusses zu 1., eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) für das Haushaltsjahr 2023 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.21801022.700 Projekt: Kooperative Gesamtschule "Ulrich von Hutten" (Digitalpakt-PPP); HHPL Seiten 1051, 1247, 1274

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 545.300 Euro

Die Deckung erfolgt aus folgender Maßnahme:

8.42401028.700 Sportkomplex Robert-Koch-Straße, Ersatzneubau Laufhalle; HHPL Seiten 854, 1258, 1276

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 545.300 Euro

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einführung eines 9-Euro -Tickets für Hallesche Schülerinnen und Schüler Vorlage: VII/2023/05680

Herr Lange führte in die Vorlage ein.

Frau Ranft fragte, ob die antragstellende Fraktion dies in den Haushalt mit einbringen möchte.

Herr Lange sagte, dass dieser Antrag zu den Prioritäten in den Haushaltsverhandlungen gehört.

Herr Hänsel sprach sich weder für noch gegen den Antrag aus, da dieser seiner Meinung nach nicht weit genug gefasst ist. Er bezog sich auf die mediale Berichterstattung zur Idee der LINKEN, den ÖPNV komplett kostenfrei zu gestalten und fragte, warum dies nicht zumindest für Schülerinnen und Schüler angestrebt wird.

Er fragte außerdem, warum man einen Betrag von neun Euro als Ansatz gewählt hat. Er sprach sich für einen kostenlosen ÖPNV für Kinder und Schüler, den es bereits in anderen Kommunen gibt.

Herr Lange sagte, dass er einen kostenlosen ÖPNV auch sehr begrüßen würde, jedoch dafür nicht die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Aus diesem Grund wurde auch ein Betrag von 9 € gewählt, da dieser auch für sozial schwächer gestellte Familien zu stemmen ist.

Herr Heym sagte, dass aus sozialer Sicht dieser Antrag begrüßenswert ist, jedoch fehlt die finanzielle Deckung für dieses Vorhaben.

Er fügte hinzu, dass keine Einigkeit festzustellen ist in der Priorisierung von großen Vorhaben, da im Vorfeld keine Abstimmung zwischen den Fraktionen erfolgt.

Er kritisierte das Vorgehen, erst in den Fachausschüssen kostspielige Anträge zu befürworten und die Finanzierung dem Finanzausschuss zu überlassen.

Er sagte, dass dieses Ticket so eine hohe Bedeutung hat, sodass hier im Vorfeld über alle Fraktionen hinweg eine Verständigung stattfinden müsste.

Frau Dr. Wünscher sagte, dass dem Antrag ein Deckungsvorschlag fehlt und erinnerte dabei an die Haushaltslage der Stadt. Sie fügte hinzu, dass bereits aktuell an die HAVAG 7 Mio. € fließen, um deren Defizit zu stopfen. Bei Einführung eines solchen Tickets wären die Kosten noch deutlich höher.

Frau Ranft antwortete Herrn Heym, dass es zu diesem Antrag im Vorfeld Abstimmungen zwischen der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN gegeben hat. Sie fügte hinzu, dass sie den Ausführungen von Herrn Lange zustimmt.

Frau Dr. Wünscher bekräftigte ihre Aussagen und wies darauf hin, dass das Haushaltsjahr 2023 mit 19 Mio. € im Minus abgeschlossen wird.

Frau Dr. Burkert fragte nach dem Erfolg des 9-Euro-Tickets für die Schüler der Stadt Magdeburg.

Frau Brederlow antwortete, dass man es anhand der Zahlen der HAVAG nicht als

Erfolgsmodell betrachten kann.

Herr Schachtschneider befürwortet den Vorschlag von Herrn Hänsel, das Ticket aufgrund des hohen Verwaltungsaufwands kostenlos zu gestalten.

Herr Hänsel sagte, dass wenn eine Idee sehr hochwertig ist, ist es legitim, auch erst im Anschluss über die Finanzierung nachzudenken.

Er führte aus, dass die HAVAG bei der Umsetzung dieses 9 €-Tickets Mehrkosten in Höhe von 2,8 Mio. € im Jahr tragen müsste. Somit wäre seiner Meinung nach der Unterschied zu einem 0 €-Ticket nicht mehr enorm groß.

Herr Lange schlug in Anlehnung an die vorangegangenen Fachausschüsse vor, den Antrag aus fachlicher Sicht zu beurteilen und abzustimmen.

Frau Dr. Brock-Harder sagte, dass man aus bildungspolitischer Sicht diesem Antrag nur zustimmen kann.

Herr Heym sagte, dass man den Antrag nicht diskutieren kann, ohne die Finanzierung zu betrachten. Er bekräftigte seine bereits getätigten Argumente.

Frau Schmidt sprach sich für Projekte aus, welche die Bewegung und Aktivität von Kindern und Jugendlichen fördern und sah dementsprechend Widersprüche zu dem Antrag.

Frau Brederlow sagte, dass sie dieses Ticket als familienpolitische Maßnahme betrachtet und dass man über die Prioritätensetzung nachdenken sollte.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Frau Schmidt** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: zugestimmt nach Änderungen

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Einführung eines ~~ÖPNV-Tickets~~ **9- Euro-Tickets** für Hallesche Schülerinnen und Schüler zum 1.02.2024.
2. Anspruchsberechtigt sind unabhängig von der Entfernung zwischen Wohnanschrift und Schule gemäß §71 (2) und 4 (a) des Schulgesetzes Sachsen-Anhalt (SchulG LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9.08.2018 alle Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden Schulen vom 1. bis zum 13. Schuljahrgang sowie Berufsschülerinnen und Schüler ohne Ausbildungsvergütung, die ihren Wohnsitz in Halle (Saale) haben und eine Schule in Halle (Saale) besuchen. Anspruchsberechtigt sind auch Kinder bis 18 Jahren, die ihren Wohnsitz in der Stadt Halle (Saale) haben, über kein eigenes Einkommen verfügen und begründet keine Schule besuchen sowie Hallenser Schülerinnen und Schüler, die auf Grund einer körperlichen und / oder geistigen Behinderung im freigestellten Schülerverkehr (Schülerspezialverkehr) zur Schule befördert werden.
3. Schülerinnen und Schüler, die gemäß § 71(2) SchulG LSA in Verbindung mit der „Satzung über die Schülerbeförderung der Stadt Halle“ Anspruch auf eine Schülerjahreskarte haben, erhalten das ~~ÖPNV-Ticket~~ **9-Euro-Ticket** für Hallesche Schülerinnen und Schüler kostenfrei.
4. Alle übrigen anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schüler können das Ticket im Jahres-Abo für 9 EUR pro Monat erwerben.

5. Die Stadtverwaltung verhandelt mit der HAVAG den Preis zur Einführung eines solchen Tickets. Die Kosten werden in den Haushaltsentwurf 2024 eingestellt. Grundlage kann dafür das Modell des ~~ÖPNV-Tickets~~ **9-Euro-Ticket** für Schülerinnen und Schüler in Magdeburg sein.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Zwischenbericht NeOBi für Halle (Saale) Vorlage: VII/2023/06407

Frau Schmidt übergab das Wort an Frau Jobst-Fajen.

Frau Jobst-Fajen führte in die Vorlage ein.

Herr Scherer fragte, ob die Wegezeit der Kinder zu den Bildungseinrichtungen auch Teile des Projektes sind.

Frau Jobst-Fajen sagte, dass sich solche Thematiken aus dem Projektverlauf heraus entwickeln. Sie führte aus, dass besonders im ländlichen Bereich umständliche Wege zur Schule ein Problem sind, aber auch im Raum Halle besonders bei Kindern, die in der Peripherie beheimatet sind.

Herr Scherer bezog sich auf ein Beispiel aus seinem beruflichen Umfeld.

Frau Jobst-Fajen sagte, dass die Stadt Halle sehr gute und zum Teil auch kostenlose Ferienangebote für Kinder hat, aber einigen Kindern das Geld für die Fahrkarte fehlt, um das Ziel zu erreichen.

Herr Slowig fragt nach dem Ablauf und nach den Teilnehmern der Quartiersrunden.

Frau Jobst-Fajen sagte, dass bereits von Anfang an Rückkopplungen aus der Praxis implementiert sind, im 1. Part u.a. Kitas, Grundschulen, Förderschulen, Horte und Freizeiteinrichtungen. Vertreter dieser Einrichtungen kommen alle einmal im Jahr in den Quartiersrunden zusammen und können ihre Themen anbringen.

**zu 7.2 Bericht Projektstand Schulbauprogramm
Vorlage: VII/2023/06424**

Herr Hemming fragte, ob bei der Grundschule „Hans Christian Andersen“ der Nutzungsbeginn nach den Weihnachtsferien 2023/24 zu halten ist.

Herr Heinz sagte, dass der Umzug in den Winterferien geplant ist und dass die Außenanlagen im Februar fertiggestellt sein werden.

Herr Schachtschneider fragte nach dem Hintergrund der Differenz zwischen Haushaltsansatz und Kostenprognose in Höhe von 700.000 € bei dem Erweiterungsbau der Grundschule Büschdorf.

Herr Heinz sagte, dass bei den bisher ausgeschriebenen Losen die Kosten deutlich über dem veranschlagten Preis lagen, sodass es der Stadtverwaltung angeraten schien, den Puffer weiterhin aufrechtzuerhalten.

Herr Scherer sagte, dass aufgrund des Lieferzeitraums die interaktiven Displays aus den IKT-Fördermaßnahmen herausfallen und dass diese beim Digitalpakt abgerechnet werden. Er fragte im Anschluss, ob das kostenneutral ist oder ob Eigenmittel durch die Stadtverwaltung beigesteuert werden.

Herr Heinz sagte, dass die IKT-Förderung unter großem Zeitdruck stand, sodass von Beginn an feststand, dass manche Bestellfristen heikel werden – so wie hier. Er führte aus, dass in diesem Falle Fördermittel herausfallen, die die Stadtverwaltung durch Reserven im Gesamtprojekt Digitalpakt auffangen kann.

Herr Lange fragte nach dem aktuellen Sachstand bei der Grundschule Silberwald und Förderschule "Janusz Korczak" hinsichtlich der gelben Markierungen auf Seite 9 in der Anlage. Zusätzlich verwies er auf die noch bis ins nächste Jahr laufenden Projekte bei den Schulen, die durch STARK III gefördert werden und fragte, ob es hinsichtlich der Abrechnung Probleme gibt, wegen der Förderperiode.

Herr Heinz sagte, dass bei den STARK III-Maßnahmen kein Förderschaden entsteht. Hinsichtlich der Frage zu der Grundschule Silberwald und Förderschule "Janusz Korczak" sagte er eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Hemming fragte nach einer Kostenaufstellung zu einem Umzug der Grundschule „Am Kirchteich“ in den Modulbau in der Mötzlicher Straße.

Herr Heinz sagte der Ausarbeitung einer Kostenaufstellung zu.

**zu 7.3 Aktueller Sachstand Schulausstattung Grundschule Südstadt
Vorlage: VII/2023/06472**

Hierzu gab es keine Fragen von den Stadträten oder sachkundigen Einwohnern.

zu 7.4 Schadstoffproblematik in der Grundschule Kanena/Reideburg
Vorlage: VII/2023/06487

Herr Bürger informierte zum Sachstand der Schadstoffproblematik.

Herr Scherer fragte, ob das Naphthalin nur im Fußboden zu finden ist oder ob der Stoff auch in die Wände oder den Beton steigen kann. Zusätzlich fragte er nach den Erfolgsaussichten mit Lüftungsgeräten.

Herr Bürger sagte, dass die beauftragte Firma gute Lüftungsgeräte mit den passenden Filtern beisteuern. Hier wurden in der Vergangenheit schon gute Erfahrungen gemacht. Er sagte, dass das Naphthalin theoretisch auch im Beton zu finden ist, aber die bisherigen Ergebnisse zeigen, dass der Großteil des Schadstoffes sich im Boden befindet.

Herr Scherer fragte nach, ob der Schadstoffwert in den Wänden auch getestet wurde.

Herr Bürger sagte, dass das bisher nicht getestet wurde, weil der Sanierungserfolg bis dafür gesprochen hat, dass sich das Naphthalin im Boden befindet.

Herr Hänsel bezog sich auf die in der Vorlage erwähnte Sanierung von 17 Räumen im Jahr 2015 sowie die aktuelle Sanierung in 12 Räumen der Schule und fragte nach, ob es Überschneidungen gibt.

Herr Bürger sagte, dass auch in Räumen, die bereits saniert wurden, Richtwertüberschreitungen auftraten.

Herr Hänsel fragte, ob eine Sanierung der betroffenen Räume geplant ist, die zu einem nachhaltigen lüftungsfreien Erfolg führt.

Herr Bürger sagte, dass für 2024 Mittel eingestellt sind, sodass man hier zeitnah reagieren und eventuell nachsteuern kann.

Er führte aus, dass die genannten Richtwerte durch einen Gutachter festgesetzt sind, welcher sich wiederum auf das Umweltbundesamt bzw. den Ausschuss von Innenraumrichtwerten bezieht.

Herr Hänsel fragte, ob es noch weitere Schulen gibt, wo in Zukunft eine Gefahr der Überschreitung von Naphthalin-Richtwerten droht.

Herr Bürger sagte, dass der Fußboden in mehreren Schulen verbaut wurde und dass er eine entsprechende Liste nachreichen wird.

Frau Schmidt fragte nach der Anzahl der Luftreiniger für Naphthalin belastete Räume in der Grundschule Kanena. Sie fragte auch nach der Anzahl/ der Häufigkeit der Kontrollmessungen.

Herr Bürger sagte, dass turnusmäßige Messungen durchgeführt werden und dass er detaillierte Informationen dazu nachreichen wird.

Frau Schmidt fragte, ob genügend Luftreiniger für alle Klassen zur Verfügung stehen oder ob sich einige Klassen auch im Winter mit Lüften behelfen müssen.

Herr Bürger sagte, dass es sich um mobile Lüfter handelt, die in den Räumen platziert werden, wo sie benötigt werden. Er sagte auch, dass bei Richtwert 1 gem. den Vorgaben

des Ausschusses von Innenraumrichtwerten Unterricht auch ohne dauerhaftes Lüften möglich ist.

Herr Heym forderte einen Dialog mit den Eltern.

Herr Lange fragte, welche gesundheitlichen Folgen durch das dauerhafte Einatmen von Naphthalin entstehen können. Er fragte auch, ob es unterschiedliche Empfehlungen für unterschiedliche Altersstufen dahingehend gibt.

Herr Bürger sagte, dass die Ergebnisse der Messprotokolle mit den Anforderungen, die uns der Gutachter übergibt, von der Stadtverwaltung umgesetzt werden.

Frau Brederlow sagte, dass eine Weitergabe der Messwerte an das Gesundheitsamt zur Evaluierung der gesundheitlichen Folgen stattfinden wird.

Herr Schachtschneider fragte, warum das Mobiliar im Direktorenzimmer und Sekretariat ausgetauscht wird.

Herr Bürger sagte, dass das Mobiliar ausgetauscht wird, weil es fest verbaut ist und in den Ausweichräumen benötigt wird.

Herr Schachtschneider fragte, ob funktionierende Fenster in der Grundschule Mangelware sind.

Herr Bürger sagte, dass die Fenster sehr alt sind und es dementsprechend keine Ersatzteile mehr gibt. Er führte aus, dass die beauftragten Handwerker sie lediglich gangbar machen können. Er fügte hinzu, dass die funktionierenden Fenster eine ausreichende Lüftung gewährleisten können.

Frau Dr. Burkert fragte, ob die Schüler auf die Räumlichkeiten des benachbarten Hortes ausweichen könnten.

Frau Brederlow sagte, dass sie sich gemeinsam mit Herrn Frolow dazu in Prüfung befindet. Sie gab zu bedenken, dass so etwas auch mit der Betriebserlaubnisbehörde abgestimmt werden müsste.

Frau Schmidt fragte, wie viel Zeit das Gesundheitsamt für die Evaluation der Gesundheitsgefährdung benötigt.

Frau Brederlow sagte, dass sobald die Werte verfügbar sind, werden diese durch das Gesundheitsamt beurteilt.

Herr Bürger sagte, dass der Bericht spätestens bis zum 17.10.2023 vorliegt.

zu 7.5 Frau Brederlow zum Termin für Sondersitzung mit dem Jugendhilfeausschuss

Frau Brederlow sagte, dass wenn die Stadtverwaltung eine neue Schule gründen will, muss dieses Jahr noch der Beschluss dafür gefasst werden, sodass das Land Sachsen-Anhalt die Möglichkeit hat, Rahmenbedingungen zu schaffen. Sie gab bekannt, dass dafür eine gemeinsame Sitzung mit dem Jugendhilfeausschuss am 14.12.2023 angedacht ist.

Herr Lange fragte, ob dahingehend im Sachmittelbudget nachgearbeitet werden muss.

Frau Brederlow sagte, dass wahrscheinlich eine Umschichtung im Sachmittelbudget vonnöten sein wird.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Frau Ranft zur neuen Integrierten Gesamtschule

Frau Ranft fragte, in welchem Stadtteil die neue integrative Gesamtschule ihren Platz finden wird.

Frau Brederlow sagte, dass das in der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung besprochen wird. Sie fügte hinzu, dass es nicht Heide-Nord sein wird, aufgrund der langen Anreise von Schülern aus dem gesamten Stadtgebiet.

zu 8.2 Frau Ranft zur Schüleranzahl an halleschen Schulen

Frau Ranft bezog sich auf eine Anfrage ihrerseits zu der Schüleranzahl an halleschen Schulen aus einer vergangenen Sitzung des Bildungsausschusses, woraufhin ihre Fraktion aufgebrachte Anrufe aus den Schulen wegen des hohen Arbeitsaufwandes erhielt. Aus diesem Grund bat sie um bessere Kommunikation zwischen Stadtverwaltung und Stadträten.

zu 8.3 Frau Ranft zur Schulpflicht

Frau Ranft sagte, dass Schulpflicht keine staatliche Gewalt darstellt, sondern das Recht auf Bildung.

zu 8.4 Herr Lange zur Finanzierung des Schulumweltzentrums Franzigmark

Herr Lange sagte, dass die Finanzierung des Schulumweltzentrums Franzigmark lt. Beschluss des Stadtrates wieder auf 50.000 € gesetzt wurde und dass die Stadtverwaltung offensichtlich den Vertrag nicht dementsprechend angepasst hat. Er fragte, warum der Beschluss des Stadtrates nicht umgesetzt und immer noch der verringerte Ansatz gezahlt wird.

Frau Brederlow sagte eine schriftliche Beantwortung im Zusammenhang mit den Haushaltsverhandlungen zu.

zu 8.5 Herr Heym zur Grundschule Kanena/Reideburg

Herr Heym wandte sich an Frau Ranft und sagte, dass die Schüler der Grundschule Kanena/ Reideburg aufgrund der aktuellen Schadstoffproblematik die Möglichkeit haben, ihr Recht auf Bildung in Ausweichstandorten wahrzunehmen. Er fragte, ob die Schulpflicht durch staatliche Gewalt durchgesetzt wird, wenn sich die Eltern der Schüler unwohl fühlen.

Frau Brederlow sagte, dass die Schulpflicht gesetzlich geregelt ist und wies darauf hin, dass diese ein Privileg in Deutschland ist.

zu 8.6 Herr Riedel zum Thema "Weiterführende Schulen im Norden von Halle"

Herr Riedel fragte Frau Brederlow zum aktuellen Stand von weiterführenden Schulen im Norden von Halle.

Frau Brederlow fügte an, dass es zunächst nicht klar war, ob überhaupt eine neue Schule gegründet werden muss – dies steht nun nach Prüfung der Zahlen fest. Sie sagte weiterhin, dass die Art der Schule, sowie der Standort noch nicht final beschlossen sind, und auch Heide-Nord nicht ausgeschlossen wird.

zu 8.7 Herr Schachtschneider zur Schadstoffproblematik in der Grundschule Kanena/Reideburg

Herr Schachtschneider fragte, wann der von Herrn Bürger erwähnte Bericht den Fraktionen zur Verfügung gestellt wird.

Herr Bürger gab bekannt, dass der Bericht als eine Informationsvorlage im nächsten Bildungsausschuss eingebracht wird.

zu 8.8 Herr Scherer zum Erlass zum Umgang mit Schulverweigerern

Herr Scherer fragte zum aktuellen Stand/ Neuerungen im Erlass zum Umgang mit Schulverweigerern.

Frau Brederlow sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.9 Herr Scherer zum Schotterweg zwischen Albrecht-Dürer-Straße und Kita Grashüpfer

Herr Scherer fragte zum Stand der Baustelle im Schotterweg zwischen Albrecht-Dürer-Straße und Kita Grashüpfer.

Frau Brederlow sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.10 Herr Lemberg zum Nahostkonflikt

Herr Lemberg fragte nach der ausstehenden Antwort zu seiner Frage aus der letzten Sitzung des Bildungsausschusses, hinsichtlich der Positionierung der islamischen Gemeinde in Halle zum Überfall der Hamas auf Israel.

Frau Brederlow sagte, dass sie dieses Thema nochmal in den betreffenden Geschäftsbereich anspricht.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Frau Schmidt beendete die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Claudia Schmidt
Ausschussvorsitzende

Lisa Leluk
stellvertretende Protokollführerin